

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

10.10.1922 (No. 236)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Oktober 216 M. — Einzelnummer 7 M. — Anzeigengebühr: 6 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verhaftet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Ämtlicher Teil.

#### Der Bezug von Markenbrot.

Bei der Abgrenzung des Kreises der nach der Reichsordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September 1922 auch nach dem 15. Oktober 1922 noch zum Bezug von Markenbrot Berechtigten wird von einem Mindesteinkommen des Einzelnen ausgegangen, das sich für Familien je nach der Zahl der „in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen“ erhöht. Für die Bemessung der Höhe dieses Mindesteinkommens war der Gesichtspunkt maßgebend, daß im allgemeinen die gesamte werftätige Bevölkerung, darunter auch die große Masse der Beamten und Angestellten mit Ausnahme der höchstbezahlten Gruppen, im Genuß des Markenbrotverbrauchs verbleiben soll.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage ist gegenüber der Vorwoche annähernd gleich geblieben. In der Landwirtschaft hält sich die Nachfrage infolge der Herbstarbeiten auf beträchtlicher Höhe; andauernd gesucht sind neben landwirtschaftlichen Arbeitern, Anechten und Wägenbauern auch Berufsbeschäftigte. Der Bedarf an Steinbrechern konnte nur schwer gedeckt werden. In der Metall- und Maschinenindustrie machte sich, wenn auch nicht in erheblichem Maße, ein gewisser Mangel an Aufträgen und Absatzschwierigkeiten geltend, doch wurden immer noch Fachleute der verschiedenen Spezialzweige, insbesondere solche auf Eisenkonstruktion, benötigt. In der Wajouteriefabrikation ist die Nachfrage nach Kräften etwas ruhiger geworden. Für die Textilindustrie ergab sich, wie bereits in der Vorwoche, eine gewisse Verschiedenartigkeit der Lage. Es herrscht zwar noch an einigen Plätzen Arbeitsbedarf, doch ist andererseits infolge Rückgangs der Aufträge ein Abflauen in der Nachfrage nach Arbeitskräften eingetreten. Der Arbeiterbedarf der Lederindustrie ist zurzeit verhältnismäßig gering. Im Holz- und Schnittholzwergewerbe geht es, wenn man von den Kiefern absteht, langsam zurück, während er in der Tabakindustrie seit Wochen erheblich nachgelassen hat. Auch das Bekleidungs-gewerbe weist nicht mehr die große Zahl offener Stellen wie in den Vorwochen auf. Gut ist die Nachfrage immer noch im Baugewerbe, namentlich bei den Maurern. Im Vertriebs-gewerbe herrscht starkes Überangebot an Kräften. Beim Fremden-gewerbe besteht trotz des mit der Jahreszeit gegebenen Rückgangs der Beschäftigungsmöglichkeit nach wie vor beträchtlicher Mangel an Personal. Betriebs-einschränkungen erfolgten meist wegen Mangel an Aufträgen bei 7 Betrieben; es sind davon insgesamt 165 männl. und über 200 weibl. Arbeitnehmer betroffen.

### Die Erörterung über die Schuldfrage.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters: Die Unschuld Deutschlands an dem Ausbruch des Weltkrieges hat für den größten Teil des deutschen Volkes, ja man kann sagen für seine Gesamtheit mit fast verschwundenen Ausnahmen, während der ganzen Dauer des Krieges und darüber hinaus gefühlsmäßig unbedingt festgestanden. Nur auf dem äußersten linken Flügel hat man, ebenso gefühlsmäßig an der Gefährlichkeit des deutschen Friedenswillens gezwweifelt und auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von Eingeweihten beschränkt sich die Kenntnis der wirklichen Tatsachen, die nicht sehr erfreulich aber auch nicht gerade belastend für die deutsche Regierung waren. Auch wenn die deutschen Staatsmänner von 1914 es allerdings für notwendig erachteten, den blutigen Zwischenfall von Sarajewo zu einer nachhaltigen Stärkung der Stellung Österreichs auf der Balkanhalbinsel auszunutzen und daher die Wiener Politik vollstän-dig zu unterstützen wie es zur Einschüchterung und Fernhaltung

### Bayrische Zustände.

Unter dieser Überschrift bringt die „Neue Zürcher Zeitung“ in Nr. 1297 vom 5. Oktober 1922 einen Leitartikel, den wir abdrucken für nötig erachten, weil es unserer Meinung nach nicht gleichgültig sein kann, wie man im Ausland über uns denkt. Wir unterlassen es, irgendwelche Stellung zu dem Artikel zu nehmen. Es scheint, als ob er von jemanden verfaßt wurde, der die Reichslage der bayrischen Verhältnisse kennt. D. Red. Als die bayrische Regierung den Boden der Gefährlichkeit verließ und sich weigerte, ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Reichsgesetz anzunehmen und auszuführen, schuf sie einen Präzedenzfall, der sich heute gegen sie selbst wendet und ihre Existenz bedroht. Gatten sich die Geheimorganisationen und „vaterländischen Vereine“ schon vorher sehr mächtig gefühlt und gelegentlich verjuchert, der Regierung ihren Willen aufzuzwingen, so machten sie es nun wie die Regierung selbst, d. h. sie anerkannten nur mehr, was ihnen genehm war. Und da ihnen z. B. die Regierung Verdrachenfeld nicht mehr genehm war, so forderten sie sie auf, zurückzutreten, ansonst sie gewaltsam gestürzt würde. Auf einen „Offenen Brief“ eines Kutschisten antwortete der Minister des Innern gleichfalls in einem offenen Brief, in dem er die Politik der Regierung Verdrachenfeld schlichtern verteidigte und das Nachgeben gegenüber Berlin entschuldigte. „Aber wenn die Reichsregierung das Abkommen irgendwie verletzen sollte“, erklärte er, „dann würde Bayern das Reichsgesetz sofort wieder außer Kraft setzen und zur bayrischen Ausnahmeverordnung zurückkehren. Zur Schlussabstimmung lobte er dann noch die Verdienste der Organisation, unbestimmt darum, daß dieselben durch Reichsgesetz nicht mehr als einem Jahr verboten sind. Da die Regierung nicht zurücktrat, bereitete man offen einen Putsch vor. Selbst von auswärts wurden zu diesem Zwecke Hilfskräfte nach München dirigiert, die ein Taggeld von 200 M. bekamen. Ein paar besonnene Köpfe überlegten sich jedoch zeitig genug die Konsequenzen des geplanten Putsches und gelangten zur Einsicht, daß die Durchführung des Planes so ungefahr das Dünneste wäre, was man augenblicklich machen könnte.

Es waren keine geringeren als Dr. Heim, der selbst nicht selten mit dem Gedanken der Separation und der Restauration gespielt hat, der Landtagspräsident Königbauer und Dr. Eicherich der Gründer der Einwohnervereine, und die reaktionäre „Bayrische Staatszeitung“, die erstlich vor dem Vorhaben warnten. Solche Pläne wären ein Verdrachen und heller Bahnhut, schrieb die „Staatszeitung“. Nur politische Unmündigkeit vermöge zu glauben, daß durch den Beschluß der Regierung und der Staatsform die Verhältnisse geändert werden könnten. Auch die geplante Diktatur werde nicht daran vorbeigehen können, daß der jetzige Zusammenhalt des Reiches mehr denn jemals zuvor zum Lebensinteresse Deutschlands geworden sei. Dr. Heim hat sich sowohl in einem öffentlichen Aufruf als in mehreren Reden gegen den Umsturz gewandt. Die kräftigsten Worte sprach er bei der historischen Bauern-versammlung in Tuntenhäusern; und diese Worte sind in vieler Hinsicht sehr bemerkenswert. In Zeilen solcher wirtschaftlicher Not gebe er den Weg des Putsches und der Trennung Bayerns vom Reich nicht mit. Er sei ein Führer und lasse sich nicht schieben. Er würdige die Stimme des Volkes, aber seine Entschlüsse fasse er unbeeinflusst davon. Es sei nicht zu übersehen, daß in Bayern heute Leute herumspukten, die sich sogar Lederhosen anschafften und Urbayern spielen wollten, denen aber der bayrische Bauern nicht gelinge; es sei bedauerlich, daß so viele Bauernsöhne in die Reize dieser Leute gingen.

Dr. Heim hat damit das Kind beim richtigen Namen genannt. Wie an dieser Stelle bereits mehrmals gesagt wurde, handelt es sich bei den extremsten bayrischen Partikularisten, die nie zufrieden sind und unter allen Umständen etwas gegen die Reichsregierung einzuwenden haben, sonderbarerweise sehr oft um nicht-bayrische alldutsche Elemente. Nachdem das Kaiserregime diese Leute außerordentlich gefährlich gemacht, weil sie meistens in den verschiedenen militärischen Organisationen ihre Rolle spielten, fängt man nun doch an, sie kritischer zu betrachten, wenn sie sich die politische Führung in Bayern aneignen wollen. Herr Eicherich wurde seine Warnung vor dem geplanten Putsch sehr übel genommen. So vor allem von den Geheimorganisationen, die schon lange auf ihn nicht gut zu sprechen waren, weil er sich nicht für die Pläne des Dr. Wittinger, der eine Trennung Bayerns vom Reich angestrebte, gewinnen ließ. In einem geheimen Rundschreiben der „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände“, das nur „zum persönlichen Gebrauch des Empfängers“ bestimmt war, wurde gegen Eicherich heftig darüber Klage geführt, daß er den „nationalen Kräften Bayerns in den Rücken gefallen“ sei. Auf verschiedene Anfragen der Linkspresse hin hieß es einmal, daß sich der Staatsanwalt mit Herrn Wittinger beschäftigte. Aber die sonst überreizte bayrische Gerichtsbarkeit zeigt sich gegen die reichsfeindlichen Untriebe gewisser (durch Reichsgesetz verbotener) Geheimorganisationen von auffallender Blindheit. Vor mir liegen zwei Schreiben aus der Zeit des bayrischen Konflikts mit der Reichsregierung die an sämtliche Mitglieder des bayrischen Industriellenverbandes verschickt worden waren und die von dem in München sehr bekannten Herrn Noell unterzeichnet sind. Das eine Schreiben lautet: „Wie lange können Sie mit Ihren Rohstoffen durchhalten, ohne aus Norddeutschland nachzugeben, im Falle einer vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich?“ Fast sämtliche Antworten lauteten, wie mir mitgeteilt wird, auf: gar nicht. Im weiteren Schreiben fragte Herr Noell nach den verschiedenen Rohstoffvorräten. Nachdem von mehreren Mitgliedern des bayrischen Industriellenverbandes diese beiden sonderbaren Schreiben dem Reichskanzler Dr. Wittig übergeben worden waren, schickte dieser den Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie nach München, der allgemein „geringe Reichs-treue“ und geringe staatsbürgerliche Verantwortlichkeit feststellte.

### Auflands und damit zu der Lokalisierung des Konfliktes selbst erforderlich erschien, so hat doch niemand den Krieg gewollt. Als die Einschüchterung Rußlands offenbar mißlungen war und das Gespenst des Weltkrieges drohend sich erhob, haben der Kaiser sowohl wie die Reichsregierung die ernsthaftesten Versuche gemacht, Österreich zu einer gewissen Nachgiebigkeit zu veranlassen; und auch sonst ist alles mögliche geschehen, um die Gefahr im letzten Augenblick noch abzuwenden, wenn auch die angewandten Mittel weder geschickt noch durchgreifend genug waren.

Als dann die durch die Revolution emporgestiegenen Männer jener äußersten Linken das schreckensvolle Schicksal des besiegten und zusammengebrochenen Volkes durch völlige Preisgebung der kaiserlichen Politik und durch schwere Anlagen gegen das eigene Volk und seine Staatsmänner zu mildern suchten, hat ein großer Teil des deutschen Volkes das nicht nur als eine Felonie, sondern als ein Verbrechen an der geschichtlichen Wahrheit empfunden, andere aber sind zeitweilig an der Sache des eigenen Volkes irre geworden. Aber nur zeitweilig. Wenn wir zurückblickend das Schuldverhältnis des Artikels 231 des Friedensvertrages unterzeichnen mußten, so ist der Protest gegen diese Entpreisung niemals verstummt. Und das mit vollem Recht. Wenn das deutsche Volk ehrlich und aufrichtig überzeugt ist, daß das Ergebnis der endgültigen und lädenlosen Aufklärung über die Vorgeschichte des Weltkrieges und auch über die verhängnisvolle letzte Juliwocche von 1914 seine Rechtfertigung sein werde, so wird diese Überzeugung nicht mehr erschüttert werden.

Und das hat wahrhaftig nicht nur geschichtliche oder moralische Bedeutung. Noch am 3. März 1921 hat Lloyd George ausdrücklich ausgesprochen, daß die deutsche Verantwortung für den Frieden die Grundlage für die Stellung der Alliierten sei, und daß der Vertrag von Versailles hinfällig werde, wenn die Anerkennung dieser Verantwortlichkeit aufgegeben oder verweigert werde. So ist es geradezu die Schicksalsfrage, die Lebensfrage für uns, ob es gelingt, die Welt einschließlich der Gutwilligen unter unseren ehemaligen Feinden davon zu überzeugen, daß keine irgendwie maßgebende und verantwortliche Stelle in Deutschland den Krieg jemals gewollt hat, und daß es hieran nicht das mindeste ändert, wenn es durch seine ganze Lage gezwungen wurde, den reinen Verteidigungskrieg offen für sich zu führen und insbesondere auch das Diktum der Kriegserklärungen auf sich zu nehmen, weil jede Verzögerung, selbst wenn es sich nur um Tage handelte, für uns hätte verhängnisvoll werden müssen, sobald einmal die sachliche Entscheidung gefallen war. Und diese Entscheidung lag bekanntlich in der russischen Gesamtmobilisierung, die am 30. Juli erfolgte, also einen Tag, ehe in Deutschland der Zustand drohender Kriegsgefahr erklärt wurde, zwei Tage vor der deutschen Mobilisierung.

Um der Wahrheit den Weg zu bahnen, haben Deutschland und Rußland ihre Archive bis in die geheimsten Winkel geöffnet und die neueste Offenberöffentlichung: „Die Fälschung des russischen Orangebuches“. Der wahre Telegrammwechsel Paris-Petersburg bei Kriegsausbruch, herausgegeben von Freiherr G. v. Romberg, Befehlshaber z. D., ist ein wichtiger Schritt auf diesem Wege. So hat denn auch der Reichskanzler selbst durch Erklärungen vor einem kleinen Kreise ausländischer Zeitungsveterane auf die Tragweite dieser Veröffentlichungen hingewiesen und dadurch die öffentliche Erörterung der Schuldfrage gerade zur rechten Zeit wieder mächtig in Schwung gebracht. Die rasche Erwidernng Vivianis der zur Zeit des Kriegsausbruches an der Spitze des französischen Ministeriums stand, läßt erkennen, daß man in Paris sich über die Bedeutung dieser Kontroverse völlig klar ist und alles versucht wird, um der fortschreitenden Wahrheit den Weg zu verarmeln, aber wenn man sich schon noch auf mühevollen Arbeit gefaßt machen muß, so braucht man doch nicht zu fürchten, daß dieser Versuch jetzt noch auf die Dauer gelingen wird; denn wenn auch in Berlin gewiß Fehler gemacht worden sind und in Paris zeitweise die friedlicheren Strömungen an die Oberfläche gelangten, die zweifellos der Stimmung der Mehrheit auch des französischen Volkes entsprachen, so steht doch schon jetzt unabänderlich fest, daß die wirklich maßgebenden Männer in Paris „in fester Entschlossenheit“ den Krieg gewollt und in Petersburg keinen Zweifel darüber gelassen haben. Und es steht außerdem fest, daß der russische Vorkämpfer in Paris genau wußte, daß man in Berlin den Weltkrieg nicht wollte. „Deutschland wünscht heißt die Lokalisierung des Konfliktes“, so telegraphierte er am 24. Juli nach Petersburg. Es ist ihm aber leider gelungen mit Hilfe seiner Pariser Freunde, die eigene Regierung in den Krieg hineinzutreiben und so die Friedenspolitik Deutschlands zu durchkreuzen. Das ist die Wahrheit, die unterwegs ist.

Während nun die bayrische Justiz gegen alle gegen den Bestand des Reiches gerichteten Bestrebungen nichts einzuwenden

# Der Prozess gegen die Mörder Rathenaus.

Fuß mit Lichtbild und Polizeiaufgebot — Renommierfucht und Hohlheit — Beziehungen zu hochstehenden Persönlichkeiten — Moralischer Schwachsinn — Die Aufgaben des Kapitänleutnant a. D. Tilleßen — „Berufschaffour“ Tschow — „Ein schäder Kerl, der nichts sagt und alles macht“ — Nordfische, Gefühlsfische — Ein neues Volkspalast — Der Restabend des deutsch-nationalen Jugendbundes — Mit Büchse und Lasso — Im Bismarckton — Der Geist von Potsdam und Weimar — Die Kantionen.

Der Beginn der gestrigen Verhandlungen im Rathenau-Mordprozeß stand im Zeichen einer nervösen Spannung. Sowohl im Zuhörerraum wie an den Tischen der Presse rechnete man mit etwas Unerwartetem und diese Stimmung erhielt Nahrung dadurch, daß der Gerichtshof wiederum auf sich warten ließ. Die Kontrollmaßnahmen waren sehr verschärft worden. Nur wer sich durch einen Paß mit Lichtbild legitimiert, erhielt Zutritt zum Zuhörerraum und dieser war infolgedessen schließlich nur zu einem Drittel gefüllt. Das Polizeiaufgebot, das an den früheren Verhandlungstagen kaum bemerkt wurde, überraste heute das Feld.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit folgender Erklärung über die Verantwortung Günthers und anderer Angeklagter: Die Untersuchung hat ergeben, daß die Krankheitserscheinungen doch einen ernstlichen Hintergrund haben. Wenn sie auch noch kein endgültiges Ergebnis gezeigt hat, so ist doch der Verdacht nicht ausgeschlossen, daß irgend ein Akzent auf die Gesundheit oder gar das Leben der Angeklagten vorliegen kann. Dieser Verdacht, der nach der weiteren Aufklärung bedarf, hat zu Sicherungsmaßnahmen Anlaß geben müssen. Als solche Sicherungsmaßnahmen bezeichnet der Vorsitzende die Verhinderung der Zahl der Zuhörer und genaue Kontrolle derselben auf Grund von Identitätsnachweisen.

Nach Eintritt in die Verhandlungen wird auf Antrag des Verteidigers Gollnick der Landwirtschaftslehrer Dukat Berlin als Zeuge vorgelesen, dem Günther von der Schule her bekannt ist. Er sagt aus, daß Günther leicht beeinflussbar gewesen sei, schon in der Schule sich bei Streit habe vorbeugen lassen und von den Anführern dann im Stich gelassen worden sei. Dukat sei er nicht gewesen; nur wenn seine eigene Person in Frage gekommen sei, wenn sich ihm eine Gelegenheit geboten habe, eine Rolle zu spielen, habe seine Renommierfucht ihn zu phantastischen Unwahrheiten veranlaßt. Als der Zeuge Günther nach dem Kriege wiedertraf, fiel ihm dessen außerordentliche Hohlheit auf. Auf Vorhaltungen darüber, daß er sein Studium vernachlässigt, habe Günther geantwortet: „er werde dringend gebraucht“; damit habe er nationalistische Betätigung gemeint. Die Ermordung Erzbergers habe Günther sehr berührt. „Inferne ganze Tätigkeit wird dadurch zu nichte gemacht; wir werden verhöhnt werden und müssen wieder von vorn anfangen!“ Als Beispiel für die Renommierfucht Günthers führte der Zeuge an, daß Günther ihn einmal über die Straße hinweg zugerufen habe: „Ich hätte morgen als Geheimkurier da und da hin!“ Günther habe fast immer eine große Akzentfuge bei sich gehabt, in der sich angeblich Geheimnisse befanden.

Der Zeuge wird vereidigt.

Dann wird der Angeklagte Günther über seine angeblichen Beziehungen zu hochstehenden Persönlichkeiten vernommen. Er gibt an, von Ludendorff zehn bis zwölf Briefe bekommen zu haben; es habe sich dabei immer um die Teilnahme an Feiern gehandelt, bei denen Ludendorff erscheinen und sprechen sollte. An Delferich will sich Günther mit der Bitte gewandt haben, dahin zu wirken, daß von den nationalen Vereinigungen keine Gewalt angewendet werde; hierzu habe ihn Graf Reventlow veranlaßt, mit dem er über die Möglichkeit eines Gewerkschafts gesprochen habe.

Sachverständiger Dr. Schük hi auf Grund der Vorstrafen Günthers, die über dessen Selbstverletzung nach der Tötung, seine Selbstverletzung und seine Verhaftung durch Deutschland Auskunft geben, zu dem Ergebnis gekommen, daß Günther unter allen Umständen als schwerer Psychopath anzusehen sei. Es handle sich bei ihm um moralischen Schwachsinn. Wenn solche Personen unter dem Einfluß sehr starker Persönlichkeiten geraten, seien sie zu allem fähig. Im Sinne des neuen Strafgesetzbuches sei Günther als vermindert zurechnungsfähig anzusehen.

Der Angeklagte Günther erklärt auf Befragen eines Beisitzers, daß die Briefe Ludendorffs und Delferichs keinen politischen Inhalt gehabt, sondern lediglich gesellschaftliche Mitteilungen enthalten hätten.

Nach einer Pause, die eingeschoben wird, um dem Angeklagten Warnede, der noch immer leidend ist, Gelegenheit zur Erholung zu geben, wird der Angeklagte Kapitänleutnant a. D. Tilleßen weiter vernommen. Er gibt an, daß er zu Brüdigam, als dieser von Rathenaus angeblichen bolschewistischen Plänen sprach und sich bereit erklärte, Rathenau zu ermorden, gesagt hat: „Wenn das so weit ist, ist immer noch Zeit, Rathenau über den Haufen zu schießen!“ Diese Äußerung habe er in der Erregung getan, weil er das bolschewistische Deutschland im Geiste schon vor sich gesehen habe; er bereue sie sehr. Er sei sich über die Persönlichkeit Rathenaus nie ganz im Klaren gewesen, habe aber dessen Erfüllungspolitik mißbilligt. Tilleßen bestreitet im übrigen, daß er Brüdigam gegenüber vor dem Wille seines Bruders gestanden habe: „Das ist mein Brüdchen, der das Schwein Erzberger abgelehrt hat.“ Leider stöße die Beteiligung seines Bruders an der Ermordung Erzbergers außer Frage, aber aus einem Briefe seines Bruders wisse er, daß dieser bei der Begehung der Tat nicht gewußt habe, wozu es sich handelte. Der Angeklagte gibt dann Auskunft über seine Fahrt nach Offenbach, wo er seinen Urlaub habe verbringen wollen. Er habe die Fahrt in Jena unterbrochen, um dort Brandt zu besuchen. Er und Brandt, der sie zuvor eingeladen habe, nicht in Jena angetroffen und erst durch eine telefonische Erkundigung in Halle erfahren, daß Brandt in Berlin sei. Sie hätten deshalb in Berlin nochmals Station gemacht und Brandt dort aufgesucht. Brandt habe sich damit entschuldigt, daß ihn Kern in Berlin zurückgehalten habe, und habe ihm, als er auf Rathenau angeblich bolschewistische Absichten geäußert habe, gesagt, daß Kern ein Attentat auf Rathenau vor habe. Tilleßen, der in der Untersuchung seine Anwesenheit in Berlin zunächst bestritt, um, wie er heute sagt, nicht in die Sache hineingezogen zu werden, will darauf gesagt haben: „Mit dem Kern war ich nicht verbunden.“ Brandt habe darauf geantwortet, Kern habe ihn überzeugt, daß es doch vielleicht richtig sei, Rathenau zu ermorden. Er wolle ein Auto, das er Brandt eigentlich für einen anderen Zweck besorgt habe, für diesen Morgen benutzen. Tilleßen will nach einhelliger Unterredung den Eindruck gehabt haben, daß Brandt sich von ihm habe überzeugen lassen, daß die Ermordung Rathenaus ein Wahnsinn wäre. Am Abend sei er (Tilleßen) dann im Zuhörerraum am Bahnhof Friedrichstraße mit Kern zusammengetroffen, der sich sehr darüber gefreut hätte. In Gesellschaft Kerns sei Fischer gewesen; dann hätten sich auch Tschow und Salomon eingefunden. Schließlich sei auch Tschow erschienen, den er für einen Berufschaffour gehalten habe. Kern habe zu ihm, dem Angeklagten gesagt: „Tilli, wir haben eine große Geschichte vor!“, worauf der Angeklagte geantwortet haben will: „Wenn Du das meinst, was Brandt mir erzählt hat, so halte nur hier den Mund!“ Der Angeklagte interpretierte seine Antwort dahin, daß die anderen von der Sache, die er unter allen Umständen habe verhindern wollen, garnicht erst hören sollten. Während Tschow und Salomon für Wohnung sorgen wollten, fuhr Kern mit Fischer und Tilleßen nach Gumbelohle, wo sie sich dann in ein Lokal begaben. Auf eine Frage Tilleßens, ob man nicht Tschow auch hereinrufen sollte, habe Kern geantwortet, der beste selbstverständlich am Wagen. „Das ist ein schäder Kerl, der nichts sagt und alles macht!“ Es sei dann über Rathenau gesprochen worden und dabei sei Kern, als er auf Rathenau angeblich bolschewistische Absichten gekommen, so unzufrieden geworden, daß er, Tilleßen, gesagt habe: „Aber Du kannst doch nicht einen Menschen wegen solcher unannehmlichen Gesichtsungen umbringen!“ Kern habe darauf geantwortet: „So was kann man nie wissen, das muß man im Gefühl haben.“ Kern habe dann Tilleßen, als dieser die von Kern geplante Ausführung des Attentats als phantastisch und gefährlich bezeichnet habe, mitgeteilt, daß für die Nacht alles vollkommen vorbereitet sei, daß aber niemand hinter ihm stehe. Der Angeklagte will Kern kein Geld gegeben haben; Kern habe wohl wiederholt die Bemerkung fallen lassen, daß er kein Geld habe, er habe aber wohl deswegen nichts verlangt, weil Tilleßen seinen Mordplan

widerstanden habe. Auf erneutes Bedenken Tilleßens habe Kern schließlich geantwortet: „Verstehen, wenn man auf Euch hört, würde man im Wei sterben wie ein altes Weib!“

Während einer nochmaligen Pause, die durch den leidenden Zustand des älteren Tschow und des Warnede notwendig wird, erhält Rechtsanwalt Dr. Bloch die Nachricht, daß ein neues Volkspalast, an Ploas adressiert, aus Berlin eingegangen ist, das Licht enthält. Als Absender ist eine hannoversche Firma angegeben, die Ploas namens des Verteidigers Dr. Bloch Birnen und Apfel überreichen ließ. Dr. Bloch weiß nichts von der Sendung und erklärt schließlich, daß er an der Ausbesserung des Palastes an den Angeklagten kein Interesse habe.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird der frühere Seeoffizier, Angeklagter Harmut Ploas, ein alter Freund Tilleßens, vernommen. Er war Redakteur der Völkischen Rundschau in Frankfurt. Ploas bestätigte, er habe auf dem Spaziergang mit Salomon, Brandt und Tilleßen von dem Mordplan gehört und sei Zeuge gewesen, wie Brandt zu Tilleßen sagte, er wolle Kern den Mordplan ausreden. Er habe keine Anzeige erstattet, weil Kern ihm gesagt hatte, er könne wieder abfahren. Daraus schloß er, daß Kern den Mordplan ausgeführt habe. Auch Tilleßen und Salomon sagten ihm, daß die Sache unterbleiben werde.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen.

## Das Zeugenhör.

Als erster Zeuge wird Kriminalkommissar Outh vernommen. Nach der Vernehmung einiger Kriminalkommissare, die aber wesentliche Befundungen nicht machen, wird Studienrat Reutisch (Berlin) als Zeuge über den sogenannten Restabend des deutsch-nationalen Jugendbundes vernommen. Einige Mitglieder sprachen mit dem Zeugen über den Mord und als später Günther kam, riefen ihm die jungen Leute aus Schütz zu, er wäre doch der Mörder Rathenaus. Günther habe darauf nichts erwidert. Zeuge hat auch mit Günther gesprochen und ihm gesagt, daß er noch keine linksstehenden Zeitungen über den Mord habe lesen können. Günther sagte, er habe sich die Zeitungen rechtzeitig bestellt, weil er wußte, daß etwas los ist. In einer Ansprache kam Zeuge an jenem Abend auch auf den Mord zu sprechen. Er betonte, es sei unbedeutend, einen Begleiter von hinten zu erschließen. Zeuge will bei seinen Zuhörern Zustimmung hierzu gefunden haben. Er erklärt weiter, der Restabend sei nicht ein Vergnügungsabend, sondern ein Fest von hoher Bedeutung, an dem u. a. auch von religiösen Problemen gesprochen werde.

Auf die Frage des Reichsanwalts, Günther solle gesagt haben, er kenne die Mörder, erwiderte Zeuge, das könne sein, aber sicher habe man ihn dann ausgelacht, weil man ihn nicht ernst nahm. Günther habe auch erzählt, man habe zuerst erwidert, Rathenau mit einem Lasso aus dem Auto zu ziehen.

Zeuge stellt den deutsch-nationalen Jugendbund als völlig unpolitisch (1) hin. Es habe kein Parteiziel, sondern der Bismarckton geherrscht. Der Bund solle das preussische Wesen, d. h. Pflichterfüllung fördern. Wir wollen den Geist von Potsdam pflegen, damit ich aber nicht gesagt, daß der Geist von Weimar verschwinden soll.

Beifischer Behauptung: Wollen Sie mit dem Ausdruck „preussische Pflichterfüllung“ Preußen in Gegensatz zu Deutschland stellen? Zeuge: Nein, ich denke dabei an Kant und Friedrich den Großen.

Behauptung (erregt): Im übrigen Deutschland stehen auch Männer, die groß genug sind, um an Kant heranzureichen.

Der Bund verfolgt nach Angabe des Zeugen auch antisemitische Tendenzen, es soll aber nicht das ganze Judentum bekämpft werden, sondern nur der Teil der Juden, der sich materialistischen Tendenzen hingibt.

Die Verhandlung wird auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt. Nach vorläufiger Disposition des Gerichtshofes ist das Urteil nicht vor Samstag zu erwarten.

## Afrikanische Heldensagen.

Von Will Scheller.

Der Stolz des Europäers auf die eigene Kultur hat nicht allein infolge des letztmalig auf dem Boden des alten Kontinents mit sozial kulturell zweifelhaften Mitteln ausgeführten Kampfes viel von seinem Nimbus verloren. Die Erkenntnis vielmehr, daß die geschichtliche Entwicklungslinie, die zu dem jeweils gegenwärtigen Kulturzustande führt, nicht ohne Parallelen ist und solche sich sogar in der Tiefen tropischen Barbarenwelt finden, dürfte auch ihrerseits wesentlich dazu beigetragen haben, das europäische Selbstgefühl neuerdings mehr oder weniger fortrechtendurftig erscheinen zu lassen. Wie dem aber auch sei: wenn Leo Frobenius, der Afrikaforscher, bei seinen Sammlungen und Untersuchungen innerafrikanischer Volksliteratur zu dem Ausruf sich gezwungen sieht, „tout comme chez nous“, dann muß es sich wohl um Ergebnisse einer sorgfältigen Arbeit handeln, zu deutsch um Tatsachen, die geeignet sind, eine überaus wichtige Kulturfrage, nämlich die nach dem familiären Charakter der Menschheit, auf interessante Weise zu beleuchten. Ist dies mit den beiden ersten Bänden der von Leo Frobenius (bei Eugen Diederichs in Jena) herausgegebenen Werke „Atlantis, Volksmärchen und Volksdichtungen Afrikas“, schon der Fall gewesen, so wird es durch einen neuen Band derselben, der unter dem Titel „Spielmannsgeschichten der Sahel“ herausgegeben ist, in erheblichem Umfang bestätigt, was um so wichtiger erscheint, als gerade dieser Teil von „Atlantis“ in einer gewissen Breite sich auf geschichtliche Überlieferungen stützt.

Sahel — das ist ein dem europäischen Bewußtsein ziemlich fern liegendes Land zwischen Sudan und Sahara, das im Westen etwa vom Senegal, im Osten ungefähr von links über des südwärts strömenden Niger begrenzt wird. Es ist im allgemeinen ein Land der Steppe und damit ein Land der Viehzucht und des groß gearteten Viehes, der zu einer stark materiell gerichteten Erziehung zur Persönlichkeit führt. Vieh ruht auf eigener Kraft, ihn, gleichviel wie, zu erwerben und zu erhalten, ist ein Lebensgrundgesetz der einen gewissen Feudalismus zum Vorschein und zur Auswirkung bringt. Die geschichtliche Ähnlichkeit desselben mit europäischen Entwicklungsvorgängen erscheint aber um so erstaunlicher, als es sich in der Sahel um Kulturwelten handelt, die, wenigstens zu der Zeit, als ihre dichterischen Spiegelungen entstanden, durch diese natürliche Lage des Landes von der weiteren Umwelt abgeschlossen waren. Wenn sich also auf die

sem abgeschlossenen Ausschnitt der Erdoberfläche eine Heldensage entwickelt, die nicht nur sachlich in vielen Punkten mit derjenigen vor allem Nordeuropas übereinstimmt, sondern auch ihren Ausdruck in dichterischen Erzählungen fand, die inhaltlich und formal an manches viel später entstandene Dokument europäischer Prägung gemahnen, und wenn dann dazu noch festzustellen ist, daß der traditionelle Stil dieser Poesie sich dort in Afrika bis auf den heutigen Tag erhalten hat, dergestalt, daß gegenwärtig wie vor Jahrtausenden Spielleute, fahrende Sänger, Barden oder wie sie genannt werden mögen, Träger dieser Tradition sind, dann ist im Vorhinein nicht zweifelhaft, wie ein wertender Vergleich zwischen Afrika und Europa ausfallen möchte. Aber solche ein Vergleich ist unfruchtbar, weil er notwendigerweise einseitig bleibt, und so bedarf es auch an dieser Stelle seiner nicht.

Wichtiger ist auch zu wissen, wie die Dinge sachlich liegen. Und da erscheint es von Belang, zu erfahren, daß der auf Grund jener Besitzverhältnisse in Erscheinung tretende Feudalismus folgendermaßen zu verstehen ist: der Besitz vor allem des Familieneigentums, wurde jedoch nicht durch Erbschaft zerstückelt, sondern ging an den ältesten Sohn über, dessen Bruder nun als landjüngere Adelsknechte auf Abenteuer ausgingen, um irgendwo selber zu Besitz zu kommen. In Begleitung eines Knappen und eines Sängers zogen sie hinaus und kämpften mit Menschen und Drogen, und der Preis war nicht immer nur Vieh, sondern oft auch eine Frau, so daß am Ende ein echtes und rechtes Abenteuerium, dem europäischen nicht unähnlich, hervorkam, das in Frauentraub, Weidwisch und Werfall nichts Grenzüberschreitendes erlitt, vielmehr Anlaß, dem Spielmann neuen Stoff zur Erweiterung seines Heldensangs zu geben.

Dieser Spielmann ist nun eine ganz besondere Erscheinung, die auf bestimmte geschichtliche Vorgänge zurückzuführen werden kann. Die oben angedeutete feudalistische Entwicklung hatte naturgemäß einen strengen Hohenkult zur Folge, dem es entspricht, daß in dem ganzen Volk eine deutliche Kastengliederung sich bildete und erhielt. Und zwar kristallisierte sie sich aus der wechselseitigen Unterwerfung der einzelnen Stämme heraus, und dem Gesetz der Stammeseinheit entsprach es wieder, daß die Unterworfenen solche Funktionen übernahmen, die den Herrschenden nicht gemieten. So gingen denn die Sänger jeweils aus den Unterworfenen hervor, deren Intelligenz im Sinne der Herrschenden ausgenutzt wurde, ohne doch dadurch standesgemäß zu werden. Sie sangen nicht nur die Ehre der herrschenden Geschlechter, sondern waren außerdem Schlichter und Mittler, spielten als Berater eine Rolle und wurden gern als Boten und Unterhändler verwendet, hatten aber grundsätzlich keinen entscheidenden Ein-

fluß. Döflinge zweiten Grades, ohne Aussicht, höher hinaufzukommen, suchten sie ihre Befriedigung neben der Kunst vor allem im Trunk und sonstiger Ungebundenheit des Lebens, weshalb in bezug auf sie nicht ohne Grund von zentralafrikanischen Bohemiens gesprochen werden kann. War ihr „Beruf“ schon nicht allzu ehrlich, indem sie bei den Preisliedern auf ihre Herren oft genug ihre Phantasie reichlich spielen und die Wahrheit links liegen ließen, so war er geeignet genug, ein Ragantentum hervorzuheben, das nur durch eine gewisse Reichlichkeit über die eigene Misere hinaus-

Die Forschung unterbreitet nun gewisse Stoffgebiete, die auch in der Gliederung des vorliegenden Buches berücksichtigt werden. Da ist zunächst das „Dunst“, das eigentliche Heldensang; ursprünglich eine zusammenhängende Dichtung, wurde es durch klammische und negroide Einflüsse hinsichtlich der Form zerstückelt, läßt aber immer noch den Zug der „alten Saramanten“ erkennen, die bei der Mitte des Mittelmeers nach Innerafrika wanderten und viermal ihre Königsstadt aufbauten und verloren. Das „Nui“ war ursprünglich eine Sammlung von zwölf Erzählungen, die zwölf verschiedene Helden zum Gegenstande hatten. Wenn es nun gelungen ist, immerhin acht von diesen Erzählungen zu retten, so ist jedoch zu bemerken, daß die jetzt gebräuchlichen Namen nicht mehr mit den ursprünglichen übereinstimmen. Das „Baudi“ ist sicherlich jünger, denn es wirkt von einem geradezu chaotischen Kasseffekt, materieller Begehren und Herben, aber ganz harmlos erzählten Fertigkeiten durchsetzt, diesseitiger als die anderen, und um so mehr, als festzustellen ist, daß viel von seinem Inhalt auf der Aneignung fremder Stoffe beruht. In ihm finden sich übrigens auch recht novellistische Gebilde, die ebenfalls zu einer jüngeren Datierung den Anlaß geben. Den Beschluß des Ganzen bilden legendarische Trimmer aus den Komuri-Bergen. Es handelt sich da um ein rätselhaftes Volk, das unter ganz besonderen geographischen Bedingungen, zum Teil in einem zerstückelten Felsengebiet, zum Teil in der Ebene wohnt und nicht einmal einen bestimmten Namen hat. Die kulturellen Antikthesen seiner Situation haben eine großzügige Entwicklung nicht auskommen lassen und wirken sich auch in der schmabdrückigen Gestaltung dieser Legenden aus, deren Auffassung besonders Wähe gemacht hat.

So ist abschließend zu sagen: diese afrikanischen Heldensagen erinnern in vielfältiger Beziehung an gleichartige Erscheinungen der europäischen Kulturwelt. Im übrigen sind es, hier von abgesehen, nicht nur zahlreiche Motive, die den europäischen Leser fast heimlich anmuten, sondern es ist auch die soziale Stellung des Dichters selbst, die zur Analogie herausfordert. Frobenius hat also mit dem erwähnten Ausruf nicht so ganz Unrecht gehabt.

Hat, ist sie außerordentlich empfindlich gegen alle Kritik an den derzeitigen bayerischen Zuständen. So wurde z. B. der Münchener Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Herr Remble, einer der drei Redaktoren, die seinerzeit demissionierten als die „Münchener Nachrichten“ nach rechts schwenkten, vor sechs Wochen verhaftet, offenbar weil er einem ausländischen Botsbureau in Berlin, dessen Münchener Botschaftler er gleichfalls seit einigen Monaten war, jene berühmte „Kuppertus-Reg-Rede“ des Herrn von Kahr im Wortlaut gegeben hatte. Wie bekannt ist, hatte Herr von Kahr, der amtierende Regierungspräsident von Oberbayern, in dieser Rede das Programm der monarchischen Restauration entwickelt und die studentische Jugend, von der er sprach, zur kräftigen Mitwirkung aufgefordert. Der hohe Beamte der Republik hatte keine Rede mit einem „Bibot Kuppertus Reg“ geschlossen. Wegen dieser Rede und wegen Artikeln in einem Schweizerblatt in den Jahren 1920 und 1921, in denen der bekannte Journalist der zugleich Präsident des Vereins der ausländischen Presse in München ist, einige Interna über die Einwohnervoten berichtet hatte, befindet er sich heute in Haft und unter Anklage des „Landesverrats“. Dr. Garas, ein Berliner Vertreter englischer und amerikanischer Zeitungen, der Herrn Remble zu seinem Münchener Mitarbeiter bestellt hatte, wurde gleichfalls verhaftet und des „Landesverrats“ angeklagt. Beide sitzen heute in München vor Gericht. Eine Reihe anderer Journalisten wurde durch Haftandrohung gleichfalls in der Freiheit der Berichterstattung behindert. Durch die Verhinderung der Berichterstattung unter dem Vorwand des „Landesverrats“ zu unterdrücken, verliert die bayerische Rechtspflege immer mehr an Vertrauen. Es vertritt sich schlecht mit dem Geiste moderner Rechtsanschauungen, daß die Bürger einer Republik sich vor einem Volksgericht zu verantworten haben, das die Öffentlichkeit mit Vorliebe ausschließt und hinter geschlossenen Türen verhandelt, vor einem Gericht, das erste und letzte Instanz zugleich ist, das keine Revision und Appellation kennt, gegen dessen Urteile, die endgültig sind, es keinerlei Rechtsmittel gibt. Dafür erlauben sich dann Leute wie der frühere Polizeipräsident Böhm, ihre Achtung vor den Gesetzen dadurch zu bezeugen, daß sie sie mißachten. In mehreren Klättern wurde berichtet, daß er sich gemeinert habe, vor dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes zu erscheinen, weil er diesen „nicht als eine gesetzliche Einrichtung“ betrachte. Treffend bemerkt dazu die „Frankfurter Zeitung“: „Der Mann ist jetzt als Richter am Obersten Landesgericht in München; er scheint den Krieg gegen das Deutsche Reich und nach dem Waffenstillstand, den die bayerische Regierung geschlossen hat, auf eigene Faust weiterzuführen.“ Bayerische Zustände!

## Die andere Deutsche Volkspartei.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Zefft. Ztg.“ folgendes: Herr Dr. Stresemann, ungleich den Führern anderer Parteien, nimmt nicht eine vermittelnde Stellung zwischen den beiden Flügeln der Deutschen Volkspartei ein, sondern er macht seinem Temperament folgen, selbst Flügelpolitiker. Der kritische Beobachter tut daher gut, neben dem nachvollenden Organ dieses genialen Redaktors die leiseren Stimmen aus dem Lande nicht ganz zu überhören. Diese freundschaftliche Mahnung richtet ein fraktionsloses Herr Dr. Stresemann, der Reichstagsabgeordnete Dr. Pöper an die Öffentlichkeit. Er bespricht in einem großen Artikel die Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei am vorletzten Sonntag, und er macht kein Geheimnis daraus, daß die jetzt von Dr. Stresemann geführte Politik der Arbeitsgemeinschaft erst gebilligt worden ist, nachdem sie zuvor in der Aussprache recht harte Kritik erfahren hatte. Die Gegenseite innerhalb der Partei sind nach dem Artikel des Abg. Pöper sehr viel tiefer gegangen, als der vorjährige Parteibericht erkennen lasse. Ein Versuch, die sogen. Politik der Mitte gleichsam parteifunktionärlich festzulegen, fiel glatt unter den Tisch. Das bezieht der Abg. Pöper, denn nach seiner Auffassung hat im parlamentarischen Deutschland das Institut einer Mittelpartei überhaupt keine Stätte mehr. Auch die Deutsche Volkspartei, darauf läuft sein Artikel hinaus, werde sich schließlich zwischen Rechts und Links entscheiden müssen, und er verheimlicht nicht, daß er seinerzeit für Rechts votieren werde. Die Zustimmung zum Abschluß der Arbeitsgemeinschaft begründet Herr Dr. Pöper vor allem mit der Einigung der sozialistischen Parteien. Seiner Billigung dieses Schrittes fügt er aber folgenden sehr interessanten Satz hinzu: Wenn man allen Ernstes versichert, die Arbeitsgemeinschaft enthalte keine Spitze gegen die Sozialdemokratie, so sind das politische Annahmen, mit denen man uns besser versehen sollte. Daß die Arbeitsgemeinschaft keine Richtung, dann hat sie auch keinen Zweck.

Wenn von anderer Seite die Arbeitsgemeinschaft als Annäherung der Großen Koalition empfohlen wird, so sieht der Reichstagsabgeordnete Pöper darin keine angenehme Aussicht. Er fürchtet, daß man in dieser Koalition der Sozialdemokratie zu große Konzessionen machen werde, und er fügt folgende Bedenken hinzu, gegen diese Koalition, der links „nur die Kommunisten“, rechts aber die „ganze große Partei“ der Deutschen Nationalen fehlen würden: Parlamentarisch-taktisch aber würde sie nichts anderes bedeuten, als die völlige Ausschaltung des Parlamentarismus — darüber wurde hier schon gesprochen und wir trauern ihm nicht gerade nach —, zweitens aber auch die Verlegung des durch die Arbeitsgemeinschaft noch besonders akzentuierten Gegensatzes: die bürgerlich — die sozialistisch aus dem Parlament in die Regierung und in den Auktionen der öffentlichen Meinung liegt.

Den einzigen Trost sieht der Abg. Pöper darin, daß die Arbeitsgemeinschaft auch die Keimzelle einer Regierung werden könnte, die ihre Unterstützung dann im weiteren Verlauf rechts von sich zu suchen hätte. Daß Herr Dr. Pöper mit solchen Hoffnungen weder in seiner Fraktion noch sonst in seiner Partei allein steht, zeigen ja die zahlreichen Versicherungen wolksparteilicher Politiker, daß man trotz „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ die Fühlung mit den Deutschen Nationalen im Reichstage keineswegs aufzugeben gedenke.

Der Abg. Pöper wirft unter anderem auch die Frage auf, ob die Deutsche Volkspartei recht daran getan habe, dem Geheiß zum Schutze der Republik zuzustimmen, das im inneren Grunde sich gegen sie selbst, ihr eigenes Wesen und Wollen richtet. In der Öffentlichkeit pflegen ja die Politiker der Volkspartei sonst nicht so offen zu reden. Tatsächlich weiß aber jeder, der nicht bloß in den Wandelhallen des Reichstages mit den Parteien verschiedener Parteien zusammenkommt, daß die Deutsche Volkspartei im Lande zum guten Teile so denkt wie der Abg. Pöper, der auch nicht einer der ersten Besten ist.

Es gibt in dieser Partei Stresemann gewiß viele verständige Köpfe, die den besten Willen haben, mit der neuen Zeit sich loyal abzufinden, und solche Männer für ernsthafteste Unterstützung einer demokratischen und sozialen Politik, für einen zuverlässigen Schutz unserer Republik und ihrer Verfassung zu gewinnen, wäre wertvoll genug. Aber man soll sich doch nicht darüber täuschen, daß es da mindestens so viele, und wir fürchten erhebliche stärkere, Kräfte gibt, die auf der anderen Seite stehen, die im Grunde ihres Herzens mit allen rechtsradikalen Antrieben sympathisieren und vielfach nur durch die Feigheit des „ruhigen Bürgers“ und Spießers von aktiver Teilnahme an den höchsten Dingen sich abhalten lassen. Wer erinnert sich nicht der laudenden Gesichter seiner wolksparteilichen Bekannten am Tage der Kapp-Meuterei (um von Stresemanns demagogischem Auftritte gar nicht zu reden), und wer hat nicht nach Rathenau's und Erzberger's Ermordung manches schlechtberedete Grinsen auf den gleichen Gesichtern feststellen müssen!

Die Deutsche Volkspartei ist eine Partei mit mancherlei Gesichtern. Nicht alle schauen den Demokraten so einladend an, wie augenblicklich die des Herrn Stresemann und seiner nächsten Nachbarn und Nachbarinnen in der Fraktion. Sollte man nicht mindestens ebenso gut auf die Gesichter merken, die nach der anderen Seite gerichtet sind? Und sollte man ein gleichsam programmatisches Wort überhören können, wie er in der eigenen Zeitschrift Dr. Stresemann's der wolksparteiliche Landtagsabgeordnete Graf Stolberg vor wenigen Wochen erst niedergelegt hat: „Mitarbeiten, ohne sich mit den augenblicklichen Verhältnissen abzufinden, ein Ziel im Auge haben, die Staatsform, die Deutschland braucht, und dieses Ziel durch positive Mitarbeit zu erreichen suchen, das muß die Aufgabe unserer Partei sein.“

## Politische Neuigkeiten.

### Branting beim Reichspräsidenten.

Der schwedische Ministerpräsident Branting, der dieser Tage hier weilte und gestern Berlin wieder verlassen hat, wurde Samstag vom Reichspräsidenten Ebert empfangen. Branting, der auch mit verschiedenen Parteiführern der Linken die Frage von Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund erörtert hat, hat auch dem Reichspräsidenten seine Anregung vorgebracht, daß Deutschland in den Völkerverbund eintritt soll. Reichspräsident Ebert dürfte, ohne sich in irgend einer Weise festzulegen, auf die Bedenken hingewiesen haben, die einem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund entgegenstehen, solange sich Amerika davon fern halte.

### Politische Krise erster Ordnung.

Das „Echo de Paris“ meldet aus London: In Londoner Klub sei die Rede von einer politischen Krise erster Ordnung, die als eine Folge der vollständigen Niederlage der Orientalpolitik Lloyd Georges ausbrechen werde. Als Nachfolger Lloyd Georges wird Curzon, Chamberlain und Bonar Law genannt. Wie die Londoner Blätter melden, hat National Joint Seboure Council, das heute zusammentritt, um die Krise im nahen Osten zu besprechen, eine Entschließung angenommen, in der der unerbittliche Rücktritt der Regierung und die Wahl eines neuen Parlaments gefordert wird.

### Gegen die französische Rheinlandpolitik.

Auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld sprach der frühere Vertreter Kölns in der Nationalversammlung, Justizrat Fall, von den Absichten der herrschenden Richtung in der französischen Politik. Frankreich will das, was im Friedensvertrag nicht erreicht wurde, nachträglich auf dem Wege der wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung erreichen: die Lösung des Rheinlandes vom Reich und die Verschiebung der französischen Grenze an den Rheinstrom. Die Freiheit der Städte besteht im Rheinland nicht mehr, die Freiheit der Rede ist aufgehoben, sogar die Fahnen der deutschen Republik dürfen nicht ohne Erlaubnis gezeigt werden.

Diese Verordnung stellt jeden unter Strafe, dessen Wort, Gebärde oder Haltung in bezug auf Mitglieder der Kommission oder der Besatzung und ihrer Familien, die Fahnen und Embleme der Alliierten als beleidigend kennzeichnen. Wer die Nationalhymne singt, setzt sich gerichtlicher Verfolgung aus. Die Rheinlandkommission kann Beamte abweisen und die Verstellung neuer Beamter durch ihr Veto jederzeit verhindern. Sie greift auch in die Redispredung ein, indem sie politische Prozesse gegen Versäulichen des Smeets und Dorten verhindert. Am schlimmsten ist die Verordnung, wonach jeder, dessen Anwesenheit im besetzten Gebiet geeignet erscheint, die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die öffentliche Ordnung zu gefährden, aus dem besetzten Gebiet jederzeit ausgewiesen werden kann.

Sehr eindringlich schilderte der Redner die wirtschaftliche Durchdringung und ihr Erfolg. Allein in der Stadt Köln bestehen bereits 300 Unternehmungen von Ausländern, darunter 8 große Banken, 20 Prozent der Gesamtsumme in der barmen Grundbesitz der für fremde Rechnung. Die Section Oeconomique des Ausfuhrämtes unterfützte diese Tendenz. Der Versuch, den Ausverkauf durch das Verbot des Kleinverkaufs an Ausländer zu verhindern, scheiterte daran, daß die Besatzung und ihr Gefolge, die das Recht haben, zu Inlandpreisen zu kaufen, nicht ungenügend die Vermittlerrolle für andere Ausländer übernehmen. Bei der Schilderung der Verhältnisse des Saargebietes wies Fall auf die bedeutende Rede hin, die Walter Rathenau, bevor er dem Rord zum Opfer fiel, im Reichstag gehalten hat. Die besonderen Verhältnisse des Rheinlandes machten die gemeinsame nationale Abwehrfront notwendig. Die deutschdemokratische Partei hält auch fest an der Zugehörigkeit zu Preußen und lehnt jede Art von Sonderbehandlung ab. Scharf wandte der Redner sich gegen die Übertreibungen, die vielfach im Parlament und Presse sich bei der Darstellung der Verhältnisse des besetzten Gebietes zeigen. Mit einem Maulheldentum ist uns nicht genügt. Die scharfe und wahrheitsgetreue Darstellung der Lage genüge, um ihre Unhaltbarkeit zu beweisen. Das Rheinland leidet alle Verlechte der Verwüstung ab. Es wird die ihm auferlegten Lasten tragen mit ungebrochenem Mut und unerschütterlicher Treue. Man kann uns beugen, aber nicht brechen.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei befaßte sich in mehrstündiger Beratung mit dem Plan der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und einige sich auf eine Koalition, die dem Parteitag heute zur Annahme empfohlen werden soll. Die vom Parteiausschuß in der Frage der Arbeitsgemeinschaft dem demokratischen Parteitag vorgelegte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie dazu beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen und die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Er nimmt als selbstverständlich an, daß diese Arbeitsgemeinschaft die Selbstständigkeit der Partei und die Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze nicht beeinträchtigt.

### Französische Truppenbewegungen in der Pfalz.

Grz. Die „Münchener Zeitung“ richtet folgende drei Anfragen an die bayerische Staatsregierung, die allgemeines Aufsehen erregen dürften: Ist es der bayerischen Staatsregierung bekannt, daß in letzter Zeit unaufsätzlich Verbindungen der französischen Truppen stattfinden, deren Zweck nicht nur nicht erkennbar ist, die vielmehr geradezu sinnlos und lediglich darauf berechnet erscheinen müssen, Verunreinigung zu schaffen und den bayerischen Staatsrädeln, auf dessen Kosten die Transporte bekanntlich ausgeführt werden, aufs schwerste zu belasten? Ist der bayerischen Staatsregierung bekannt, daß diese „Aundreisen“ geschlossener französischer Truppenkörper zu den schwersten Beeinträchtigungen des normalen Eisenbahnbetriebes führen und daß durch Veranlassung rücksichtsloser nächtlicher

Dampfnäbungen die größten Gefährdungen des Substrums, des Personals und des Materials der Staatsbahnen hervorgerufen werden müssen? Zweitens: Ist es der bayerischen Staatsregierung bekannt, daß die Gesundheitsverhältnisse in der Südpfalz schwer gefährdet sind, nicht nur durch die bekannten Folgen der französischen Besatzung überhaupt, sondern neuerdings und ganz besonders durch das Vorkommen von Typhusfällen, die ihren Ursprung in der systematisch betriebenen Verpflanzung französischer und elassischer Zivilpersonen in die Südpfalz haben? Drittens: Ist es der bayerischen Staatsregierung bekannt, in welcher enormer Weise infolge des sogenannten kleinen Grenzverkehrs Bestände von lebensnotwendigen Artikeln, Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen usw. ausgeführt werden und zwar in einem Maße, daß die eingesehene Bevölkerung der notwendigen Existenzmittel nahezu völlig beraubt wird? Wenn auch durch den Versailler Friedensvertrag gewisse Hemmnisse bestehen, das Übel an der Wurzel zu fassen, so könnte doch durch Besserung der Zollverhältnisse insbesondere durch Schaffung ausreichender Dienst- und Wohnräume, für die Besserung der Zustände viel geschehen. Das Blatt bezeichnet es als notwendigste Forderung, daß die Pfalz weit mehr als bisher durch amtliche Organe der Staatsregierung bereitet werde, damit diese sich von den Verhältnissen durch Fühlungnahme mit den Behörden, den Organisationsführern u. zuverlässigen Privatpersonen überzeugen.

### Beträchtliche Steigerung der Kohlenpreise.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenfondat teilt seinen Abnehmern in einem Rundschreiben mit, daß infolge der neuen Lohnforderungen der Bergleute mit einer bedeutenden Erhöhung der Kohlenpreise ab Ende vom 1. Oktober d. J. an zu rechnen ist. Hierzu treten erhöhte Schiffs- und Eisenbahnfrachten, so daß die gesamte Preissteigerung eine ganz beträchtliche sein wird. Daraus folgt ganz selbstverständlich, daß sowohl die Kleinverkaufspreise für Kohlen und Koks, wie auch die Gas-, Wasser- und Strompreise ab 1. Oktober d. J. wieder erhöht werden müssen.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Aufhebung des Einfuhrverbots für Rohabaf. Der Reichsrichterdienst des Reichswirtschaftsministeriums schreibt uns: Es ist beabsichtigt gewesen, durch eine Erhöhung des Zolls für Rohabaf, Tabakrippen usw. eine Einschränkung des Verbrauchs an Tabakerzeugnissen und damit eine Einschränkung der Beanspruchung an Devisen herbeizuführen. Der gutachtlich gefällte Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat indessen geglaubt, einer Erhebung des derzeit 80 M. für den Doppelzentner betragenden Zolls lediglich bis auf 75 M. zustimmen zu können, aus der Erwägung heraus, daß die Entwicklung der valutatorischen Verhältnisse vermutlich ohnedies eine Einschränkung des Verbrauchs zur Folge haben würde. Da indessen nach Auffassung der Reichsregierung diese Erhöhung von 15 M. für den Doppelzentner so gering ist, daß sie kaum eine Einwirkung auf den Konsum an Tabakfabrikaten haben kann und damit die Beanspruchung des Devisenmarktes nicht entfernt in dem erforderlichen Maße verringert werden dürfte, ist zurzeit von der Erhebung des Tabakzolls Abstand genommen worden. Die für Rohabaf, Tabakrippen usw. verhängte Einfuhrsteuer, die lediglich den Zweck hatte, die übermäßige spekulative Einfuhr während der schwebenden Erörterungen über die Tabakzollerhöhung zu verhindern, wird daher von dem Reichswirtschaftsministerium durch eine in einer der nächsten Nummern des Reichsanzeigers zur Veröffentlichung gelangenden Bekanntmachung aufgehoben.

ABC. Der Wiederaufbau Kiems mit deutscher Hilfe. Aus Neval wird uns geschrieben: Der Kiemer Stadtdirektor hatte vor einiger Zeit nach Deutschland Vertreter entsandt, die in Berlin mit deutschen Firmen Verhandlungen über den Wiederaufbau der kommunalen Wirtschaft Kiems führten. Nachdem diese Verhandlungen aufangs nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hatten, da die Volkswirtschaften mit den Bedingungen einer deutschen Firma nicht einverstanden waren, begannen die Verhandlungen mit der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die bereits vor dem Kriege in Kiem Dieselmotoren-Anlagen errichtet hat. Diese Firma erklärte sich bereit, die Dieselmotoren-Anlagen Kiems wiederherzustellen, die erforderlichen Ersatzteile heranzuführen und für das technische Personal zu sorgen. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg eröffnet der Kiemer Kommunalwirtschaft einen Kredit von 10 000 amerikanischen Dollar. Die Vertreter des Kiemer Souveränitäts-Komitees bezweckten mit ihrer Berliner Reise nicht nur die Wiederherstellung der Dieselmotoren-Anlagen, sondern auch die Heranziehung von ausländischem Kapital zur Wiederherstellung des mit Dampfmaschinen betriebenen Elektrizitätswerkes.

\* Ein Kapitel französischer Bevölkerungspolitik. Eine für die Französischen recht peinliche Statistik enthält ein Buch, das der französische Mathematiker unter dem Titel „Der Krieg und seine ethnographischen Wirkungen in Frankreich“ (Paris) nach dieser Statistik wurden in den Jahren 1915 bis 1918 von französischen Müttern 55 000 uneheliche Kinder geboren, deren Väter Ausländer waren. In erster Reihe wandte sich die Günst der französischen Frauen den Amerikanern zu, auf die der Löwenanteil bei der erfolgreichen Bekämpfung des Geburtenrückgangs in Frankreich entfiel. In zweiter Stelle stehen die Engländer, und in gemessenem Abstände folgen dann die Anamiten und die Schwarzen.

## Badische Übersicht.

### Großangelegte Ernährungspolitik.

Unter dieser Überschrift läßt sich die „Köln. Volksztg.“ über die Kreditationen des badischen Finanzministeriums, von denen Finanzminister Köhler auf dem Kreisparteitag in Karlsruhe Mitteilung machte, u. a. folgendes schreiben:

Das badische Finanzministerium ist in den letzten Tagen in Verhandlungen mit der Reichsbank eingetreten, um einen Reichsbankkredit für die landwirtschaftlichen Organisationen und die größeren Städte in die Wege zu leiten. Die Summe, um die es sich handelt, beläuft sich auf 500 Millionen Mark. Die Verhandlungen des Finanzministeriums haben sehr rasch zu dem Erfolg geführt, daß die Reichsbank einen Kredit in der genannten Höhe auf Wechsel gewährt unter der Voraussetzung, daß die den Städten und landwirtschaftlichen Organisationen gewährten Darlehen ausschließlich für die Zwecke der Lebensmittelbeschaffung aufgetrennt werden, und daß die badische Regierung nach beiden Seiten hin die Bürgschaft für das Darlehen übernimmt. Das Staatsministerium hat auf Antrag des Finanzministeriums der ganzen Kreditaktion, insbesondere der Bürgschaftübernahme durch den badischen Staat vor einigen Tagen seine Zustimmung erteilt. Die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den Organisationen über die Durchführung dieses außerordentlichen Kreditabkommens und über die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für die Gewährung des Darlehens sind bereits eingeleitet und werden in einigen Tagen zum Abschluß kommen.

Manche werden die landwirtschaftlichen Organisationen zum rechten Zeitpunkt noch in der Lage sein, die wichtigsten Lebensmittel, insbesondere also Kartoffeln, Obst usw. unmittelbar beim Erzeuger zu erwerben und aufzukaufen, um sie in der Hauptsache wohl durch ihre weitverzweigten Organisationen den Verbrauchszentren zuzuführen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die landwirtschaftlichen Organisationen alles aufbieten werden, das Problem „Stadt und Land“, d. h. die Frage enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Stadt und Land in erfolgreicher Weise zu lösen. Jedenfalls hat ihnen die badische Regierung mit ihrer weiterschauenden Kredithilfe die erforderlichen Mittel an die Hand gegeben.

Die Kreditaktion des Finanzministeriums ging dabei jedoch noch einen Schritt weiter, indem sie auch der Sorge der Städte für die Beschaffung von Lebensmittelnotreserven Rechnung getragen hat. Angesichts der Unsicherheit unserer Ernährung, der Schwierigkeiten des Verkehrs usw. braucht über die Notwendigkeit der Anlage solcher Lebensmittelnotreserven nichts gesagt zu werden.

Die Regierung hat ferner die Zwecke der Produktionssteigerung in ihre Kreditaktion einbezogen: Die landwirtschaftlichen Organisationen erhalten den Kredit auch für den Ankauf von Saatgut und Düngemitteln, deren Beschaffung die dringendste Sorge der badischen Landwirtschaft bildet.

Die „Woln. Volksg.“ bemerkt zu diesen Mitteilungen: Der badische Liberalismus hat früher dem Lande Baden den Beinamen des „Musterlandes“ derart verschafft, daß dieser Name einen spöttischen Klang erhielt. Heute ist Baden, das über eine rührige Regierung und namentlich über einen Finanzminister verfügt, dem es an Initiative und Verantwortungsfrühigkeit nicht fehlt, dabei, sich tatsächlich den Ruf des Musterlandes zu verdienen.

**Die Einigung in der Sozialdemokratie Badens.**

Der Bezirksverband Baden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht ein Schreiben, das der Parteivorstand an den Landesverband der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Baden gerichtet hat. Darin wird zunächst dargelegt, in welcher Weise die Vertretung der Unabhängigen im Bezirksverband, Bezirksauschuß und in den Ortsvereinsvorständen erfolgt und weiter zu den Gemeindevorständen bemerkt, den Ortsvereinen der Sozialdemokratischen Partei sei bei der Aufstellung der Kandidatenliste empfohlen worden, zu berücksichtigen, inwiefern die U.S.P.-Mitglieder tatsächlich ihren Übertritt zur Vereinigten Partei vollzogen haben. Die Übernahme der Redaktionen der Mannheimer „Tribüne“ ruhe auf Schwierigkeiten, weil die Redaktionen der sojd. Blätter voll besetzt seien, dagegen sei voraussichtlich die Stelle eines Landtagsberichterstatters zu besetzen, wofür einer der bisherigen U.S.P.-Redakteure in Frage kommen könnte. Mit dem 1. November habe jede selbständige Organisationsstätigkeit der U.S.P. aufzuhören. Nach den Angaben des Berichters der

U.S.P. hätten die Unabhängigen in Baden etwa 3800 bis 4000 Mitglieder.

**Aus der Landeshauptstadt.**

ah. Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen. Der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angelegte Badische Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet zurzeit in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus eine Vorführung des medizinischen Films: **Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen.** Vor einem kleinen Kreis geladener Gäste erläuterte der Vortragende, Herr Dr. von Bezold, den überaus interessanten und lehrreichen Film. Nach statistischen Angaben zählte Deutschland nach dem Kriege allein 6 Millionen Geschlechtskranke. Man erkannte bald, daß das System des Verstoßens nicht das richtige war. Der Grund der meisten Geschlechtskrankheiten war vor allem die absolute Unkenntnis der Gefahren dieser Krankheit. Die Ärzte brauchen die unbedingte Unterstützung von Seiten der Eltern, Lehrer und Geistlichen. Den Eltern unterliegt die Aufgabe, ihre Kinder zu einer starken Persönlichkeit zu erziehen. Die Schule muß nicht nur Lernschule, sondern Charakter- und Gefühlschule sein, während die Kirche gleichzeitig als erzieherische Macht sich auswirken muß.

Der erste Teil des Filmes behandelte die gefährlichen Auswirkungen der Gonorrhoe, Blenorrhoe und der Trippererkrankungen, der zweite Teil die Syphilis. Im Reiche wurden bisher 164 unentgeltliche Beratungsstellen errichtet, die jederzeit streng verschwiegen arbeiten. Hier ist eine solche Beratungsstelle bei der Landesversicherungsanstalt und dem Krankenhaus errichtet. Der letzte Teil des Filmes behandelte die traurigen Nachkrankheiten, Herzerkrankungen, Rückenmarksschwindsucht und schließlich Paralyse.

Wenn der Film Personen unter 18 Jahren keinen Zutritt gewährt, so gibt die Filmaufnahme eines schwer erkrankten 16jährigen Mädchens Anlaß, gerade Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren auf die Gefährlichkeit der Geschlechtskrankheiten hinzuweisen.

Sch. Badischer Landesfeuerwehrverband. In der anlässlich des 75jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe im Rathausaal stattgefundenen Landesausschussung wurde an Stelle der verstorbenen Ausschussmitglieder Trunk-Planstadt und Ruf-Förzheim die Herren Grether-Mannheim und Biegler-Förzheim in den Landesausschuß delegiert; Herr Fingenthal-Mannheim hat infolge Krankheit seine Charge als erster Kommandant niedergelegt, und Herr Grether trat an seine Stelle. In den Verwaltungsrat der Landesfeuerwehr-Unterstützungslage trat Oberkommandant Deuser-Karlsruhe an Stelle von Trunk-Planstadt, Kommandant Grether-Mannheim an Stelle von Fingenthal. Für Deuser, welcher Stellvertreter gewesen, wurde Kommandant Peter-Wühl bestimmt. Der Ver-

bandbeitrag wurde vom 1. Januar 1923 auf 2 M. für den Beheimann festgesetzt. Ferner wurden eine Anzahl Schriftstücke zur Kenntnis gebracht, welche das Feuerlöschwesen betreffen. Unter anderem sollen auch Vorträge gehalten werden über Feuerlöschgeräte, Wasserbeschaffung, Löschmannschaften und Brandbekämpfung für die in Betracht kommenden Orte. Als Redner sind vorgesehen: Regierungsrat Ducerius, Oberkommandant Deuser-Karlsruhe und Kommandant Müller-Heidelberg. In den Landesverband wurden folgende Wehren aufgenommen: Kappelwindel, Amt Bühl, Altnudorf, Amt Heidelberg, Mauer, Amt Heidelberg, Niden, Amt Heidelberg, Papierfabrik Neustadt im Schwarzwald, Geisingen, Amt Baldshut, Maschinenfabrik Gripper-Durlach, Stationsfeuerwehr Reders.

\* Landestheater. Mittwoch, den 11. d. M. findet die zweite Wiederholung der Verdischen Oper „Othello“ im Abonnement C 4 und unter Beteiligung der Th. Gem. B.V.B. mit den Nummern 3201-3400 statt. Am Freitag, den 13. gelangt Kufferers „Casanova“ zur Wiedergabe. Abonnement G 4 — Th. Gem. B.V.B. Nr. 3701-4000. In dieser Vorstellung wird Hanna Kobegg, die infolge Erkrankung längere Zeit dienstunfähig war, erstmals die Partie der Carlina singen.

**Staatsanzeiger.**

**Bekanntmachung.**

Die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen. Zu Mitgliedern der Prüfungskommission für die staatliche Prüfung der Krankenpflegepersonen an der Krankenpflegeschule bei der orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg sind gemäß § 2 der Verordnung vom 1. Oktober 1919 (G.S. 496) ernannt worden:

Medizinalrat Dr. Holl, Bezirksarzt, Professor Dr. von Baeyer, Direktor der orthop. Anstalt, Dr. med. Hans Knorr, Assistent der orthop. Anstalt, alle in Heidelberg. Karlsruhe, den 30. September 1922.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor: J. v. Dr. A. Jung. Zeller.

**Bahnsteigkarten.**

Vom 10. Oktober 1922 ab wird der Preis der Bahnsteigkarten auf 2 M. erhöht.

**Winfenwühl**  
das beste und sparsamere  
**BOHNER WACHS**  
Erschließlich in Drog. W. Tscherning,  
Amalienstraße 19, Drog. A. Vetter,  
Zirkel 15, Ecks Adlerstraße.

**Badisches Landestheater.**  
Dienstag, 10. Oktober. 7 b. g. 10 Uhr. 180 Mk.  
Abon. B 3. Th. Gem. B.V.B. Nr. 2901-3200.

**Die lustigen Weiber von Windsor.**

**Badisches Landestheater.**  
Mittwoch, 11. Oktober. 7 b. g. 10 Uhr. 200 Mk.  
Abon. C 4. Th. Gem. B.V.B. Nr. 3201-3400.

**Othello.**

Es ist **Heute** der europäische **Barnum & Bailey** Circus Henny

**8 Uhr Eröffnung**

Vorverkauf: Meyle, Marktplatz, Telefon 450

Schmiederplatz Karlsruhe

**Wer hat Stoff?**  
der komme zur **Kronenstraße 47.**

Trotz gewaltiger Preissteigerungen liefere ich Ihnen **Anzug, Schlupfer, Paletot** mit sämtlichen Zutaten, garantiert guten Sitz, auf Roßhaar gearbeitet, schon für 4200 Mark.

**Ad. Rosenthal, Karlsruhe**  
Kronenstraße 47. 2.670

**Einladung zur Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten des Amtsbezirks Karlsruhe.**

Nach Artikel VI Ziffer 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 28. März 1. April 1919, das Bad. Verwaltungsgef. betr., haben die nachfolgenden Bezirksräte- und Kreisversammlungswahlen im November oder Dezember 1922 stattzufinden. Das Ministerium hat in Ausführung dieser Bestimmung die Durchführung dieser Wahlen auf Sonntag, den 19. November 1922, festgesetzt. (Bekanntmachung vom 16. August 1922, veröffentlicht in der Karlsruher Zeitung Nr. 191 vom 18. August 1922.)

**Badische Lichtspiele — Konzerthaus**  
Mittwoch, 11. und Donnerstag, 12. Oktober, 5 Uhr u. 8 Uhr  
**Der Rattenfänger von Hameln**  
Eine alte Sage in lebendigen Bildern. 2.682  
Verkaufsstellen siehe Plakatsäulen.

**Bad. Landeselektrizitätsversorgung Aktien-gesellschaft (Badenwerk).**

Der auf Grund des § 248 H.G.B. in der Generalversammlung am 6. Oktober 1922 neu gewählte Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus den Herren Präsident Dr. Paul, Karlsruhe, als Vorsitzender, Ministerialdirektor Dr. Fuhs, Karlsruhe, als stellvertretender Vorsitzender, Direktor Dr. Kengenheiser, Freiburg i. Br., Oberregierungsrat Dr. von Bayer-Eisenberg, Karlsruhe, Bankdirektor Beh, Karlsruhe, Abgeordneter Freudenberg, Weinheim, Abgeordneter Maier, Heidelberg, Oberbaudirektor Dr. Ing. h. c. Neuhäuser, Karlsruhe, Ministerialdirektor Sammet, Karlsruhe, Oberregierungsrat Schellenberg, Karlsruhe, Oberregierungsrat Seeger, Karlsruhe. Karlsruhe, den 7. Oktober 1922.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktien-gesellschaft (Badenwerk).

Der Vorstand: Ges. D. Helmle. Ges. Fettweis.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
1. Ständige Gerichtsbarkeit.  
§ 293. Wilingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tapeziers Hans Gaifer in St. Georgen wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Wilingen, 5. Okt. 1922.  
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

**Strafrechtspflege.**  
Bekanntmachung.  
§ 284. Ranzanz. Von einem im Juli 1909 aus dem Amtsgefängnis Wehrloch entwichenen Untersuchungsgefangenen, der sich fälschlich Paul Otto Bernhardt aus Kellin, auch Bernhardt nannte, wurde u. a. ein fast neuer Anzug und 1 Paar Handschuhe zurückgelassen, deren Eigentümer nicht ermittelt ist.  
Falls bis längstens 1. Dezember 1922 sich niemand meldet, der berechtigte Ansprüche auf die genannten Sachen nachweisen kann, werde ich sie

versteigern lassen und den Erlös hinterlegen.  
Konstanz, 29. Sept. 1922.  
Der Staatsanwalt 2.

**Bekanntmachung.**  
Rationalisationsarbeiten.  
Der Reichsfiskus, vertreten durch die Reichsbahndirektion in Karlsruhe, vergibt nach Maßgabe der Verordnung des Bad. Ministeriums der Finanzen vom 27. Juli 1922 für die Entwässerung der Siedlung Weil-Leopoldshöhe (Gemarkung Weil) die Ausführung von etwa 1600 Meter Rohrgraben von 2,00 bis 3,50 Meter Tiefe, das Verlegen von etwa 1600 Meter Steingewächsen mit 15 bis 45 Zentimeter Lichtweite, die Herstellung von 20 Nachschauflächchen und das Verlegen von 50 Strahrsinnsflächchen. Köhren, Formstücke, Strahrsinnsflächchen und sämtliche Eisenteile werden geliefert.  
§ 203.2.1  
Die Verdingungsunterlagen liegen bei der un-

terzeichneten Stelle zur Einsicht auf. Dasselbst werden auch Angebotsverzeichnisse unentgeltlich abgegeben.  
Angebote sind mit der Aufschrift: „Entwässerung der Siedlung Weil-Leopoldshöhe“ versehen, längstens bis Samstag, den 21. Oktober 1922, vormittags 10 Uhr, bei dem Kulturbauamt Wörach verschlossen und portofrei einzureichen, wofür die Eröffnung der Angebote zur genannten Zeit stattfindet. Zuschlagsfrist 8 Wochen.  
Wörach, 28. Sept. 1922.  
Bad Kulturbauamt.

Das Forstamt Staufen I verläuft freihändig aus dem Domänenwaldbezirk Pfälzentalwald Abt. 9-13 Lann. Stämme 4 I. m. 14 Ftm., 7 II. m. 11 Ftm., 13 III. m. 12 Ftm., 26 IV. m. 15 Ftm., 16 V. m. 5 Ftm., 3 VI. m. 0,6 Ftm.; Lann. Abschnitte 31 I. m. 46 Ftm., 29 II. m. 22 Ftm. und 20 III. m. 10 Ftm. § 283.2.1  
Das Holz lagert in Niggenbach und am Thiloweg, ca. 3-4 Km. von den Bahnhöfen Egenbach und Mühlental entfernt. Oberforstwart Burger in Untermühlental zeigt das Holz auf Verlangen vor. Zahlungsbedingung: Barzahlung innerhalb eines Monats, bei keinem Vertriebe 3 Monate Zahlungsfrist gegen Verzinsung.  
Schriftliche Angebote wollen Klassenweise bis Donnerstag, den 26. ds. Mts., vorm. 11 Uhr, in Progen der neuen Landesgrundpreise (2100, 1900 usw.) beim Forstamt Staufen I eingereicht werden.

Druck der Karlsruher Zeitung.

**Badische Lichtspiele — Konzerthaus**  
Mittwoch, 11. und Donnerstag, 12. Oktober, 5 Uhr u. 8 Uhr  
**Der Rattenfänger von Hameln**  
Eine alte Sage in lebendigen Bildern. 2.682  
Verkaufsstellen siehe Plakatsäulen.

**Bad. Landeselektrizitätsversorgung Aktien-gesellschaft (Badenwerk).**

Der auf Grund des § 248 H.G.B. in der Generalversammlung am 6. Oktober 1922 neu gewählte Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus den Herren Präsident Dr. Paul, Karlsruhe, als Vorsitzender, Ministerialdirektor Dr. Fuhs, Karlsruhe, als stellvertretender Vorsitzender, Direktor Dr. Kengenheiser, Freiburg i. Br., Oberregierungsrat Dr. von Bayer-Eisenberg, Karlsruhe, Bankdirektor Beh, Karlsruhe, Abgeordneter Freudenberg, Weinheim, Abgeordneter Maier, Heidelberg, Oberbaudirektor Dr. Ing. h. c. Neuhäuser, Karlsruhe, Ministerialdirektor Sammet, Karlsruhe, Oberregierungsrat Schellenberg, Karlsruhe, Oberregierungsrat Seeger, Karlsruhe. Karlsruhe, den 7. Oktober 1922.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktien-gesellschaft (Badenwerk).

Der Vorstand: Ges. D. Helmle. Ges. Fettweis.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
1. Ständige Gerichtsbarkeit.  
§ 293. Wilingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tapeziers Hans Gaifer in St. Georgen wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Wilingen, 5. Okt. 1922.  
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

**Strafrechtspflege.**  
Bekanntmachung.  
§ 284. Ranzanz. Von einem im Juli 1909 aus dem Amtsgefängnis Wehrloch entwichenen Untersuchungsgefangenen, der sich fälschlich Paul Otto Bernhardt aus Kellin, auch Bernhardt nannte, wurde u. a. ein fast neuer Anzug und 1 Paar Handschuhe zurückgelassen, deren Eigentümer nicht ermittelt ist.  
Falls bis längstens 1. Dezember 1922 sich niemand meldet, der berechtigte Ansprüche auf die genannten Sachen nachweisen kann, werde ich sie

versteigern lassen und den Erlös hinterlegen.  
Konstanz, 29. Sept. 1922.  
Der Staatsanwalt 2.

**Bekanntmachung.**  
Rationalisationsarbeiten.  
Der Reichsfiskus, vertreten durch die Reichsbahndirektion in Karlsruhe, vergibt nach Maßgabe der Verordnung des Bad. Ministeriums der Finanzen vom 27. Juli 1922 für die Entwässerung der Siedlung Weil-Leopoldshöhe (Gemarkung Weil) die Ausführung von etwa 1600 Meter Rohrgraben von 2,00 bis 3,50 Meter Tiefe, das Verlegen von etwa 1600 Meter Steingewächsen mit 15 bis 45 Zentimeter Lichtweite, die Herstellung von 20 Nachschauflächchen und das Verlegen von 50 Strahrsinnsflächchen. Köhren, Formstücke, Strahrsinnsflächchen und sämtliche Eisenteile werden geliefert.  
§ 203.2.1  
Die Verdingungsunterlagen liegen bei der un-

terzeichneten Stelle zur Einsicht auf. Dasselbst werden auch Angebotsverzeichnisse unentgeltlich abgegeben.  
Angebote sind mit der Aufschrift: „Entwässerung der Siedlung Weil-Leopoldshöhe“ versehen, längstens bis Samstag, den 21. Oktober 1922, vormittags 10 Uhr, bei dem Kulturbauamt Wörach verschlossen und portofrei einzureichen, wofür die Eröffnung der Angebote zur genannten Zeit stattfindet. Zuschlagsfrist 8 Wochen.  
Wörach, 28. Sept. 1922.  
Bad Kulturbauamt.

Das Forstamt Staufen I verläuft freihändig aus dem Domänenwaldbezirk Pfälzentalwald Abt. 9-13 Lann. Stämme 4 I. m. 14 Ftm., 7 II. m. 11 Ftm., 13 III. m. 12 Ftm., 26 IV. m. 15 Ftm., 16 V. m. 5 Ftm., 3 VI. m. 0,6 Ftm.; Lann. Abschnitte 31 I. m. 46 Ftm., 29 II. m. 22 Ftm. und 20 III. m. 10 Ftm. § 283.2.1  
Das Holz lagert in Niggenbach und am Thiloweg, ca. 3-4 Km. von den Bahnhöfen Egenbach und Mühlental entfernt. Oberforstwart Burger in Untermühlental zeigt das Holz auf Verlangen vor. Zahlungsbedingung: Barzahlung innerhalb eines Monats, bei keinem Vertriebe 3 Monate Zahlungsfrist gegen Verzinsung.  
Schriftliche Angebote wollen Klassenweise bis Donnerstag, den 26. ds. Mts., vorm. 11 Uhr, in Progen der neuen Landesgrundpreise (2100, 1900 usw.) beim Forstamt Staufen I eingereicht werden.

Druck der Karlsruher Zeitung.